

Die Dystopie des fraglosen Verstehens

Helen Akin

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen wirft Maria-Sybilla Lotter in ihrem Beitrag *Wie Hass und Gewalt sich begrifflich ausdehnen* eine Frage auf, die brisanter nicht sein könnte: Welche Stimmen finden in unserer Demokratie Gehör und welche Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung gefährden den demokratischen Grundgedanken, dass *alle* Bürger gleichermaßen Gehör finden sollen? Dem Tagungsthema *Die Emotionalisierung des Politischen* entsprechend, legt Lotter ihren Fokus hierbei auf Mechanismen und Strategien, die sich emotionaler und moralischer Motive bedienen, um bestimmte politische Diskursteilnehmer zu diskreditieren. Werfen wir beispielsweise einen Blick auf die mediale Herabwürdigung von Teilnehmern der gegenwärtig stattfindenden Hygiene-Demonstrationen – viele von ihnen sind Kritiker des Regierungshandelns während der sogenannten Corona-Krise – wird leicht ersichtlich, von welchem Phänomen Lotter spricht. Die Unterscheidung zwischen vermeintlich vernünftigen, faktentreuen und realistischen Personen auf der einen, Verschwörungstheoretikern, Esoterikern und Populisten auf der anderen Seite ist nur *ein* Beleg für die Aktualität der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Teilhabe am politischen Diskurs. Wo von der *Emotionalisierung des Politischen* die Rede ist, so stellt Lotter richtig fest, wird der Fokus häufig auf die letztgenannten Gruppierungen gelenkt: Es heißt dann, diese seien von negativen Emotionen wie Angst, Wut und Hass gelenkt und daher rationalen Argumenten nicht mehr zugänglich. Sind ihre politischen Haltungen einmal auf Emotionen zurückgeführt, werden diese häufig mit Irrationalität gleichgesetzt und die entsprechenden Personen »nicht mehr als legitime Gegner im politischen Wettstreit« anerkannt. Hiergegen formuliert Lotter zwei wichtige Einwände:

1. Wird Demokratie als Streitkultur verstanden, wie etwa die politische Philosophin Chantal Mouffe dies tut, so muss die vor-verurteilende Abwertung und diskursive Ausgrenzung bestimmter Gruppen als illegitim und undemokratisch erachtet werden. Zur Meinungsfreiheit gehört – es sei an den schönen Satz von Rosa Luxemburg erinnert – eben auch immer die Freiheit der Andersdenkenden.

2. Emotionen gehören, so fährt Lotter fort, grundsätzlich zur Politik und bilden keinen Grenzbereich, in dem politische Vernunft in Irrationalität umschlagen würde. Wiederum referiert Chantal Mouffe: Die Identifizierung mit bestimmten

Gruppierungen und die Priorisierung ihrer Interessen *gegenüber* denjenigen der politischen Gegenseite erhält ihre Triebkraft und Stärke stets durch emotionale Bindungen.

Als *einen* Mechanismus der Emotionalisierung und Moralisierung des politischen Diskurses, der den diskursiven Ausschluss nach sich zieht, weist Lotter in ihrem Beitrag die gegenwärtig stattfindende »Dehnung von medizinischen, moralischen und psychologischen Begriffen« aus. Diese gehe mit einer inhaltlichen Entleerung und einer bedenklichen emotionalen Aufladung einher. Als Beispiele hierfür nennt Lotter folgende Begriffe: Hass, Gewalt, Rassismus, Trauma, Sucht, psychische Störung oder Depression. Einerseits ermögliche die Entwicklung dieser Begriffsdehnungen »eine zunehmende moralische Sensibilisierung für weniger offensichtliche Formen von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung«, andererseits befördere sie jedoch auch »die Ausbreitung einer Therapiekultur, die immer mehr Formen des Leidens [...] als therapiebedürftig betrachtet.« Eine weitere mit diesem Vorgang verbundene Gefahr, auf die Lotter besonders aufmerksam machen möchte, besteht schließlich in der terminologischen Entfremdung der Teilnehmer des politischen Diskurses, sodass diese einander nicht mehr verstehen und sich gegenseitig vorschnell unter emotionalen und moralischen Prämissen verurteilen.

Zunächst möchte ich nun auf einige methodische und stilistische Eigenheiten des Beitrags von Lotter aufmerksam machen: So darf es möglicherweise als Beleg für die Relevanz ihres eigenen Themas verstanden werden, dass sie selbst Begriffsdehnungen – vielleicht Über-dehnungen – vollzieht. Ein Beispiel hierfür bietet ihre Feststellung, es gebe eine moralische *Zensur* in akademischen Debatten, um »verletzliche Gruppen vor sprachlichen Verletzungen zu schützen.« Besagt Zensur laut Duden die von staatlicher Stelle vorgenommene Kontrolle von Schriftstücken auf politische, gesetzliche, sittliche oder religiöse Konformität hin, so verwendet Lotter den Begriff hingegen für eine erhöhte gruppenspezifische Sensibilität gegenüber der Wirkmächtigkeit sprachlicher Äußerungen. Die institutionelle Prüfinstanz für epistemische Gewalt, von der Lotter an der besagten Stelle spricht, gibt es nicht; der Zensurbegriff lässt diese Assoziation jedoch anklingen.

Eine weitere Performativität macht sich in Lotters Text bemerkbar: Während sie in diesem die Notwendigkeit von Identifizierungsprozessen in der Politik betont, scheint auch ihr eigener Beitrag eine Art politische Abgrenzung gegenüber einem linksliberalen »Milieu der Gebildeten« darzustellen. Explizit wird ihre eigene politische Positionierung zwar an keiner Stelle; doch lassen zwischen den Zeilen eingestreute Stichworte eine Kontur deutlich werden: Wo Lotter Phänomene als »normal« beschreibt, bedeutet diese Beschreibung im Kontext betrachtet meist auch, dass sie diese Normalität für befürwortenswert erachtet. Dieselbe affirmative

Verwendung findet sich bei Begriffen wie »Heimat«¹ oder nostalgischen Rückgriffen auf solches, was »früher üblich«² war. Normalität, Heimat und Sitte – das sind die Identifizierungsangebote, die Lotter ihrerseits ihren Lesern unterbreitet.

Ferner sind assoziierende Übergänge und formalistische Ideenverbindungen auffällig: So werden zwei sehr heterogene Phänomenbereiche – die politische Sensibilisierung für Diskriminierungen gegenüber Minderheiten einerseits und der Prozess der Medikalisierung andererseits – durch das rein formale Moment des concept creep in Beziehung zueinander gebracht und als miteinander verbunden präsentiert. Zwar gesteht Lotter zu, dass »diese Prozesse [...] teilweise unabhängigen Quellen« entspringen; tatsächlich geht sie jedoch auf diese Quellen nicht weiter ein und behauptet stattdessen lediglich eine wechselseitige Verstärkung der Prozesse. Den Prozess der Ausdehnung von medizinisch-psychologischen Begriffen, der in der Wissenschaft seit mehreren Jahren als Medikalisierung beschrieben wird, benennt sie beispielsweise, ohne auf dessen Spezifik, seine Entstehungsgründe und -zeiten, die an ihm beteiligten Agenten und Interessen thematisch und analytisch einzugehen. Lotter bemerkt zu Recht, dass in den letzten Jahren manigfache zuvor alltägliche oder unbemerkte Phänomene nunmehr als Krankheiten oder Syndrome definiert wurden, die fortan sowohl neue medizinische Diagnosen als auch Behandlungen verlangen. Doch von dieser Phänomenbeschreibung nimmt der Diskurs um die Medikalisierung nur seinen deskriptiven Ausgangspunkt, um die damit verbundenen, relevanten Fragen einzuleiten, die Lotter unbeachtet lässt: Wie gestalten sich die Prozesse der subjektiven Internalisierung medizinischer und therapeutischer Angebote und Perspektiven? Wie kommt die allgemeine Bereitschaft zustande, körperliche und geistige Erfahrungen in gesteigertem Maße als Symptome eines pathologischen, jedoch behandelbaren, medizinisch definierten Zustandes zu denken? Welche Verschiebungen sind innerhalb der medizinischen Wissensgebiete zu verzeichnen – etwa von Psycho- oder Familientherapien hin zur Psychopharmakologie, den Neurowissenschaften oder der Genomik – und welche Interessenverbände befördern solche Verschiebungen? Wie hat die neoliberalen Landnahme seit den 80er Jahren das Gesundheitssystem samt seinem Diskurs verändert? Etc.

Nach diesen wenigen Bemerkungen zu Stil und Redetechnik des Textes möchte ich mein Hauptaugenmerk nun auf die zentrale These lenken, gemäß der moralisierende und emotionalisierende Begriffsdehnungen die demokratische Verständ-

1 »Dann fühlt man sich in der Sprache nicht mehr zuhause, man erlebt sie nicht mehr als eine Heimat, in der man sich auch dann versteht, wenn man anderer Meinung ist.«

2 Auch: »die Ausbreitung einer Therapiekultur, die immer mehr Formen des Leidens, die man früher als existentielle Erfahrungen und Lebenskrisen der Eigenverantwortung der Individuen zugewiesen hätte, als therapiebedürftig betrachtet.«

digung erschweren, da die terminologischen Veränderungen zu Polarisierung und Entfremdung führen:

Das liegt daran, dass ein großer Teil der Begriffsdehnungen bislang nur von einem Teil der Sprachverwender, vor allem dem akademisch gebildeten, mitvollzogen wurde, manche wiederum nur von einer kleinen Gruppe moralischer Entrepreneure. Dann fühlt man sich in der Sprache nicht mehr zuhause, man erlebt sie nicht mehr als eine Heimat, in der man sich auch dann versteht, wenn man anderer Meinung ist. Wenn ich hier von »nicht mehr« spreche, meine ich eine in der Kommunikation verwurzelte Utopie des sich fraglos Verstehens, nicht eine vergangene Realität der fraglosen Verständigung aller Muttersprachler.

Zunächst möchte ich hierzu bemerken, dass die genannten Bedeutungsverschiebungen – etwa die Bemühung, den Begriff des Rassismus nicht länger auf manifeste, gewaltförmige Diskriminierungssituationen zu beschränken, sondern auf latente, tiefenpsychologische Verhaltensmuster auszuweiten – tatsächlich angestoßen wurde durch Antidiskriminierungstendenzen der akademischen Linken in den USA seit den 1980er Jahren; der geistige Nährboden, auf dem diese Bewegung fußte, wurde jedoch durch die 68er-Bewegungen geschaffen, die ihre Basis bekanntlich nicht in einer »kleinen Gruppe moralischer Entrepreneure« hatte.

Viel wichtiger jedoch erscheint es mir, Lotters Darstellung zurückzuweisen, ein fragloses Verstehen sei eine in der Sprache angelegte Utopie. Wie Lotter selbst bemerkt, röhrt die Dehnung immerhin der politischen Begriffe, die sie nennt, aus einer zunehmenden Sensibilität und einem Bewusstsein für die Subtilität und Latenz rassistischer Abwertungen her. Hier wird also immerhin der Versuch unternommen, unsere alltägliche Praxis und Sprachpraxis auf ihre immanenten Wertungen, ihr konnotatives und assoziatives Verweisungssystem hin zu untersuchen sowie das Gewordensein bestimmter Terminologien offenzulegen, um sie ihrer Selbstverständlichkeit zu entkleiden. Der Ansatz der Sprachkritik, der darauf zielt, diskursive Ausschlüsse und Abwertungen zu vermeiden, besteht – wo er nicht in stumpfe Orthodoxie und Sprachregeln umschlägt – geradezu in einem Angriff auf die Fraglosigkeit; er will offenbaren, welche Ungerechtigkeiten diese Fraglosigkeit tagtäglich reproduziert.

Tatsächlich ist es jedoch nicht nur so, dass ein fragloses Miteinander zu vermeiden ist, um solchen normativen Verstetigungen vorzubeugen; vielmehr ist es im strengen sprachphilosophischen oder hermeneutischen Sinne auch überhaupt nicht möglich. Das fraglose Verstehen – Lotters Utopie – ist eine *contradiccio in adiecto*. Dem Verstehen ist der Umweg über das Nichtverstehen wesentlich; Verstehen lässt sich nur Unverständliches. Es sei hier nur an Hegels berühmten Spruch aus der Phänomenologie erinnert, demnach das Bekannte darum, dass es bekannt sei, nicht erkannt sei. Darüber hinaus gründet die gesamte moderne Hermeneutik auf der Einsicht in die Unverständlichkeit der Sprache als der Voraussetzung für

den Vollzug einer verstehenden Auslegung. Friedrich Schleiermacher hat diesen Gedanken der prinzipiellen Unverständlichlichkeit in seinem Werk Hermeneutik und Kritik (1809) zum ersten Mal radikal formuliert: Er wendete sich gegen eine Tradition, in der die Bibelexegese stets als ausgezeichneter Bereich der Hermeneutik hervorgehoben worden war. Seines Erachtens bedürfen prinzipiell nicht nur das Wort Gottes und ebenso wenig nur das Wort des Philosophen oder Literaten der Auslegung: Schleiermacher stellt vielmehr die Behauptung auf, dass prinzipiell alle sprachlichen Äußerungen, sei es auch nur ein Gespräch über das Wetter, der Auslegung bedürfen, wenn diese auch je nach Material unterschiedlicher Mühe und Anstrengung bedarf. Ihm ist gewiss: Das Verstehen ist nie und in keinem Fall garantiert und ebenso wenig kann es jemals vollständig abgeschlossen werden – es bleibt unendliche Aufgabe. Diese Universalisierung der Hermeneutik, die dann Dilthey weiterführt, um sie über bloß sprachliche Gebilde hinaus auch auf das Leben und die Lebensvollzüge selbst anzuwenden, ist meines Erachtens von zentraler Bedeutung für alle darauffolgenden sprachphilosophischen Ansätze von Heidegger über Gadamer, Apel oder Ricœur. Auf welchen sprachphilosophischen Hintergrund hingegen Lotter referiert, wenn sie von einer »in der Sprache verwurzelten Utopie« spricht, bleibt leider ungeklärt.

Doch auch und vor allem in politischer Hinsicht erscheint Lotters Ideal der Fraglosigkeit eher als eine Dystopie denn als eine Utopie. Klingt es zu Beginn ihres Beitrags noch so, als würde Lotter in ihrem Politikverständnis Anleihen bei Hannah Arendt machen – Politik sei mehr als Interessenvertretung und -verwaltung – so klafft an dieser Stelle eine unüberbrückbare Differenz auf. Für Arendt ist der Raum der Politik durch das Anwachsen der Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten einer um sich greifenden Arbeitsgesellschaft in seiner Existenz bedroht; politisch zu sein würde bedeuten, einen Neuanfang zu wagen, wo Konsens und Konformität ein Leben in Fraglosigkeit anempfehlen. Jede Infragestellung und Kritik – beispielsweise an bestimmten Strukturen der Sprache und der Verwendung von Begriffen – kann ihrerseits jedoch wieder in Orthodoxie und blindes Regelwerk umschlagen. Zu Recht weist Lotter in ihrem Beitrag auf diese Gefahr hin.

